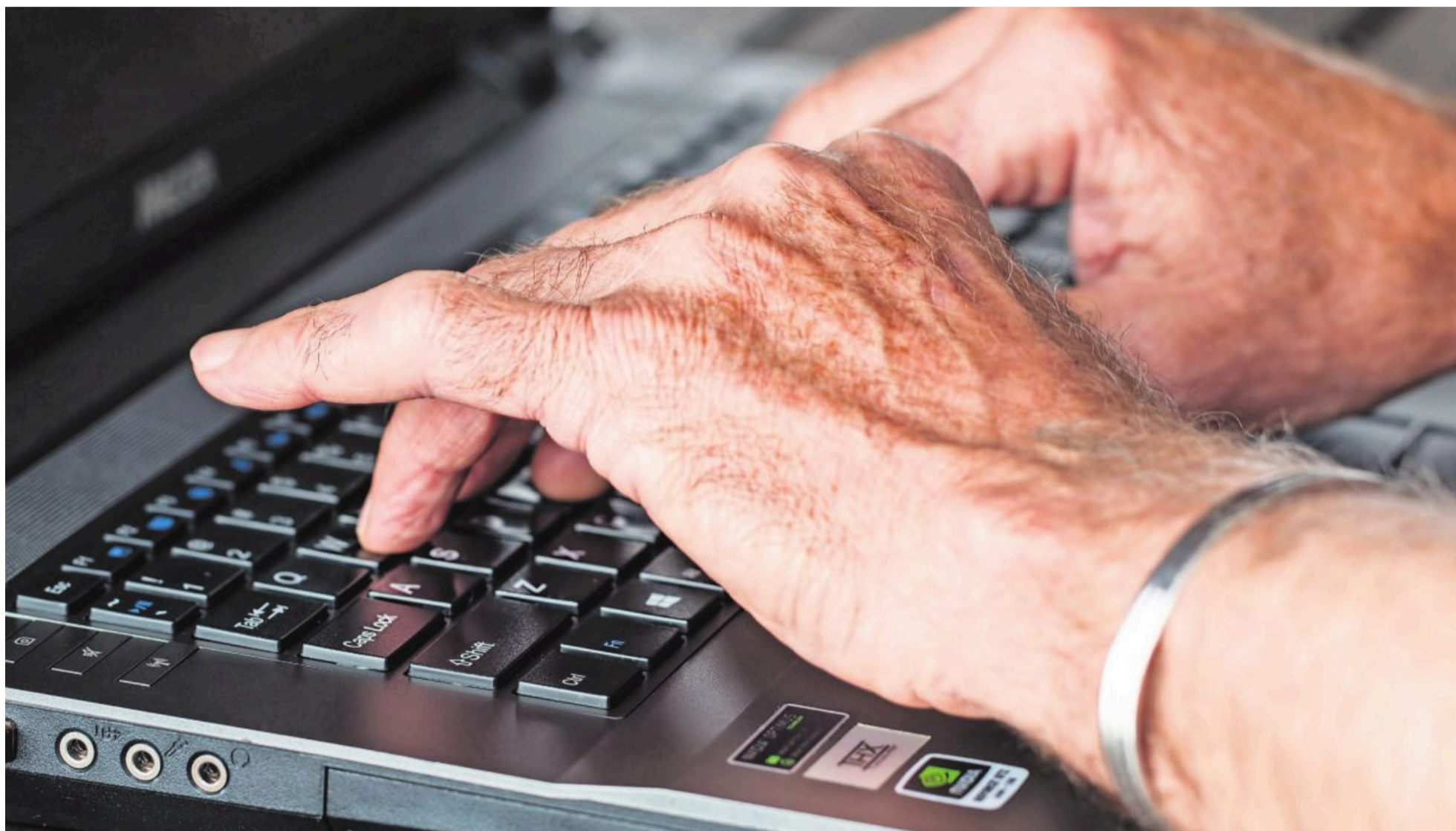




Ein gemeinsames Projekt der  
Luzerner Landzeitungen



Freiwillige Weiterarbeit nach dem ordentlichen Pensionsalter soll sich lohnen, findet FDP-Ständerat Damian Müller. Er hat zu diesem Thema eine Motion eingereicht.

Foto Pixabay

# Arbeit im Pensionsalter soll sich lohnen

**PENSION** Dass Menschen mit freiwilliger Weiterarbeit nach dem ordentlichen Pensionsalter die AHV-Rente aufbessern können, will Damian Müller (FDP) mit einer Motion erreichen – und damit auch ein weiteres Problem angehen. Doch der Ständerat tut sich schwer mit dem Vorstoss.

von Ernesto Piazza

Sei es bei der Pflege, bei Lehrerinnen und Lehrern, aber auch im Gastgewerbe, in der IT-Branche oder im verarbeitenden Gewerbe: Der Mangel an Arbeitskräften ist ein Problem, das – nicht nur latent – schon länger vorhanden ist. Es scheint – trotz innovativen Ansätzen von Firmen – zum Dauerbrenner auf nicht absehbare Zeit zu werden.

## Freiwillige Weiterarbeit nach dem ordentlichen Pensionsalter

Nicht nur Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber plagen sich mit diesem Thema herum, die Bundespolitik versucht, mit Lösungsansätzen dieser Misere ebenfalls Herr zu werden. So musste sich der Ständerat anlässlich der Herbstsession mit einer Motion befassen, die vom Luzerner Ständesvertreter Damian Müller eingereicht worden war. Der Vorstoss will, dass der Bundesrat beauftragt wird, zur Bekämpfung des Arbeitskräftemangels ein Massnahmenpaket vorzulegen, und zwar durch eine Anpassung der AHV-Verordnung. Diese soll beinhalten, dass die freiwillige Weiterarbeit nach dem ordentlichen Rentenalter attraktiver gestaltet wird.

Doch die Mitglieder der Kleinen Kammer taten sich schwer damit, der Motion zuzustimmen. Und obwohl sie

mehrheitlich auf viel Sympathie stiess, bevorzugt eine Mehrheit des Rates erst noch eine Vorbereitungsrunde durch die Kommission zu machen. Dazu Müller: «Es ist schon eigenartig, dass ausgerechnet ein langjähriger SVP-Ständerat diesen Antrag stellte.» Namentlich geht es hier um den Schwyzer Alex Kuprecht.

## Freibetrag anheben

Doch wie soll die besagte, freiwillige Weiterarbeit nach dem ordentlichen Rentenalter tatsächlich attraktiver gestaltet werden? Dazu führt Damian Müller folgende Punkte ins Feld: Zum

werden soll, indem die Kürzungssätze von heute 6.8 Prozent pro Jahr auf neun acht Prozent zu erhöhen seien.

## «Ein echter Fehlanreiz»

Bei seinem Anliegen denkt Müller an alle Arbeitskräfte, aus den verschiedensten Branchen, die sich eine Tätigkeit über das ordentliche Pensionsalter hinweg vorstellen könnten. «Diese Menschen würden mit ihrer Weiterarbeit auch einen Beitrag leisten, das Problem zu entschärfen, dass es aufgrund der demografischen Alterung immer mehr offene Stellen gibt.» Diese Menschen, seien es Elektriker

Alterskategorien.» Das Problem sei aber: Ältere Erwerbstätige hätten mehr Mühe, wieder eine Arbeit zu finden, wenn sie arbeitslos würden. «Deshalb sind hier die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren speziell gefordert». Es brauche eine rasche und gezielte Unterstützung für eine berufliche Wiedereingliederung, dass diese Menschen nicht in die Arbeitslosigkeit rutschen. Daher ist für den FDP-Ständerat beides wichtig: «Schnell wieder einen Job finden und dafür sorgen, dass die freiwillige Weiterarbeit über das Rentenalter hinaus honoriert wird».

Doch gerade bei der Wiedereingliederung wären die Unternehmen speziell gefordert. Hier ist Müller der Ansicht, dass es viele vorbildliche Arbeitgeber gebe, die das Potenzial älterer Mitarbeitender längst erkannt hätten. Doch der FDP-Ständerat sagt auch: «Es gibt ebenfalls noch viele Arbeitgeber, die lieber über den Arbeitskräftemangel jammern, anstatt etwas innovativer zu werden». Dazu ist zu erwähnen: Bis Ende des Jahrzehnts fehlen gemäss Experten strukturell mehr als 200 000 Personen auf dem Arbeitsmarkt. «Diese Lücke über Einwanderung zu füllen, ist völlig utopisch. Niemand will das und es würde auch nicht funktionieren.»

## «Hilft auch Arbeitgebern»

Deshalb sieht Müller die Forderung seiner Motion hier auch unterstützend. Freiwillige Weiterarbeit über das Rentenalter hinaus soll sich lohnen. «Der höhere Freibetrag von 3000 Franken pro Monat – auf dem keine AHV-Beiträge bezahlt werden müssten – hilft nicht nur den Rentnern, sondern auch den Arbeitgebern.» Dass die Erhöhung und den damit verbundenen Mehrfranken im Portemonnaie der Pensionäre nur ein Tropfen auf einen heissen Stein wäre, verneint Müller.

«Jeder Franken zählt für Menschen, für die es im Rentenalter enger wird.» Dass dieser Freibetrag seit mehr als 20 Jahren nie mehr der Teuerung angepasst wurde, «ist eigentlich ein Skandal», betont der FDP-Politiker.

Doch wie gross schätzt Müller die Möglichkeiten ein, dass sein Vorstoss politisch doch noch Früchte trägt? «Ich gebe der Motion gute Chancen», so Müller. Er hat auch kein Verständnis für Kuprecht, indem dieser im Ständerat sagte: «Wir haben diese drei Bereiche im Rahmen der Reform AHV 21 sehr intensiv diskutiert. Das Volk hat darüber abgestimmt und hat der Vorlage zugestimmt.» Für Müller sind die Fakten jedoch klar und anders gelagert. Deshalb betont er: «Wir müssen endlich handeln.» Und der Luzerner FDP-Bundesparlamentarier vermutet, dass sich gewisse Kreise daran stören könnten, dass er in seiner Motion fordert, dass auf die zusätzliche Attraktivierung der Vorpensionierung durch eine Senkung der Kürzungssätze verzichtet würde.

## Bundesrat ist skeptisch

Davon profitierten vor allem gut Betuchte, die sich einen vorgezogenen Ruhestand leisten könnten. Wer auf jeden Franken angewiesen sei, gehe nicht freiwillig in Vorpension. Wer hingegen gut verdiene, dürfe nicht noch dafür belohnt werden, indem er vorzeitig in Rente gehe. «Manchmal sind wir im Parlament etwas weit weg vom Volk», enerviert sich Müller. Dass der Bundesrat nicht auf seiner Linie ist, überrascht ihn ebenfalls nicht. «Es ist ein offenes Geheimnis, dass Alain Berset nie ein Freund von solchen Möglichkeiten war. Insofern ist das für mich keine Überraschung.» Es sei höchstens etwas verwunderlich, da es bei diesem Anliegen um freiwillige Weiterarbeit gehe, wo sich der aktuelle Bundespräsident querstellt.

*«Es gibt ebenfalls noch viele Arbeitgeber, die lieber über den Arbeitskräftemangel jammern, anstatt etwas innovativer zu werden.»*

Damian Müller FDP-Ständerat

einen soll der Freibetrag für selbstständige und unselbstständige Erwerbstätige von heute 16 000 Franken pro Jahr auf 36 000 Franken pro Jahr angehoben werden.

Zum anderen will der Luzerner FDP-Ständerat erwirken, dass «die Zuschläge beim Aufschub des Rentenalters gegenüber heute spürbar und anreizorientiert erhöht werden». Als Zielwert nennt er 40 Prozent bei einem Aufschub um fünf Jahre. Aktuell sind es 31.5 Prozent.

Und zum Dritten verlangt Müller, dass auf die durch den Bundesrat im Rahmen der AHV 21 in Aussicht gestellte zusätzliche Attraktivierung der Vorpensionierung insofern verzichtet

oder Pflegefachfrauen, erzählten ihm, so Müller, dass sich diese Arbeit für sie finanziell aber kaum lohne. Der Grund: Ausser den ersten 1400 Franken Einkünfte pro Monat bezahlen diese Arbeitskräfte im Pensionsalter weiterhin AHV-Beiträge, ohne davon in Form von höheren Renten profitieren zu können. Dazu kommen die zusätzlichen Steuern. «Das ist ein echter Fehlanreiz», weiss Damian Müller.

Er mag in diesem Zusammenhang auch das Argument, dass viele arbeitswillige Menschen im Alter von 50+ gar keine Arbeit mehr finden, nicht gelten lassen. Müller sagt: «Statistisch ist das Risiko nach 50 den Job zu verlieren, sogar etwas tiefer als in jüngeren